

PRESSEINFORMATION

Potsdam, 10. Juli 2023

Uwe Adler, Ludwig Scheetz, Johannes Funke

SPD-Fraktion fordert:

Wir müssen jüdisches Leben in Brandenburg fördern und schützen.

Zur Vorstellung des Monitoring-Berichts ANTISEMITISMUS für das Jahr 2022 erklären:

Uwe Adler, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Die erschreckende Anzahl von 204 antisemitischen Vorfällen in Brandenburg im Jahr 2022 ist absolut inakzeptabel. Jeder einzelne Vorfall ist einer zu viel und erfordert unsere entschlossene Reaktion. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen aufgrund ihrer jüdischen Identität Opfer von Angriffen, Bedrohungen oder Sachbeschädigungen werden. Es ist unsere Verantwortung, dem Antisemitismus mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen. Das bedeutet, dass wir sowohl präventive Maßnahmen ergreifen müssen, um den Nährboden für Hass und Diskriminierung zu bekämpfen, als auch die rechtsstaatlichen Instrumente konsequent anwenden müssen, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen."

Ludwig Scheetz, Sprecher zur Bekämpfung des Rechtsextremismus der SPD-Fraktion: „Um aktiv Konzepte im Kampf gegen Antisemitismus zu entwickeln, soll eine Stelle des Antisemitismusbeauftragten geschaffen werden. Dazu haben wir als Koalition gemeinsam mit Die Linke und Freien Wählern im letzten Plenum einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Es war auch richtig, den Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel in der Landesverfassung zu verankern, denn wir dürfen nicht vergessen, dass ein bedeutender Teil der antisemitischen Vorfälle durch rechtsextreme Gruppen verübt wird. Dies erfordert eine verstärkte Aufmerksamkeit und Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. Neben der rechtsstaatlichen Antwort müssen wir auch den Bereich der Prävention stärken. Wir müssen das Bewusstsein für Antisemitismus schärfen, Bildungsprogramme fördern und

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734



Räume schaffen, in denen jüdisches Leben ohne Furcht und Diskriminierung stattfinden kann.

Der Kampf gegen Antisemitismus erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Politik, Staat und der gesamten Gesellschaft. Nur wenn wir mit Entschlossenheit und Verantwortungsbewusstsein handeln, können wir eine Zukunft schaffen, in der antisemitische Vorfälle keine Rolle mehr spielen."

Johannes Funke, religionspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:

„Das Leben jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist in besonderer Weise zu fördern und zu schützen. An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert und wird sich angesichts des größten Zivilisationsbruchs der Menschheitsgeschichte, der Shoa, auch in Zukunft nichts ändern.“

Hintergrund:

In einer Initiative des Landtages vom Januar 2020 haben die Abgeordneten mit überwältigender Mehrheit den versuchten Mord an Menschen jüdischen Glaubens in Halle an der Saale im Oktober 2019 auf das Schärfste verurteilt. Gleichzeitig haben sie sich klar und deutlich zum Bau einer neuen Synagoge in Potsdam bekannt.